

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Drag 11, Nr. 44a/46 10 • Tel. 30793, 31400, Rad. 10701, (4) 11 1071; 33536 • Postk. 37544

12. Jahrgang.

Donnerstag, 17. November 1932

Nr. 271.

30.000 spanische Bergarbeiter streiken.

Oviedo (Spanien), 16. November. Mehr als 30.000 Bergarbeiter der Gegend von Oviedo auf Befehl ihres Gewerkschaftshandlers wegen eines Lohnkonfliktes mit den Arbeitgebern in den Streik getreten. Es wird eine Ausdehnung des Streikes auf die übrigen spanischen Bergbaugebiete in Erwägung gezogen, falls der Konflikt nicht bald beigelegt wird.

Diktatur über die Arbeiter.

Moskau, 15. November. (Tsch. B. A.) Die Regierung hat ein Dekret erlassen, wonach bei einer nicht gerechtfertigten Arbeitsverweigerung von einem Tag (bisher drei Tage) die Entlassung zulässig ist.

Das Dekret der Moskauer Regierung, das oben wiedergegeben wird, ist von einer unerhörten Brutalität. Wer wird denn darüber entscheiden, ob eine Arbeitsverweigerung von einem Tag gerechtfertigt ist oder nicht? Ein paar Sowjetbürokraten, deren Tätigkeit von der Arbeiterschaft nicht kontrolliert werden kann. Man bedenke, was die Kommunisten aufführen würden, wenn eine solche Entscheidung anderswo getroffen würde. Pech und Schicksal würden sie auf die Häupter der Sozialisten der ganzen Welt wüchsen. Wenn es aber Kommunisten tun — ja Bauer, da ist es etwas anderes.

Trotzki in Griechenland.

Athen, 16. November. Trotzki ist heute früh 7 Uhr im Hafen von Piräus eingetroffen. Er reiste mit seiner Frau Nakhata in einer Luxuskabine und empfing niemand, mit Ausnahme eines Polizeioffiziers, den er hat, keinerlei Besuche bei ihm vorzulassen. Einige Kommunisten, die gegen Trotzki in demonstrieren versuchten, wurden von der Polizei abgedrängt. Um 16 Uhr wird Trotzki weiterreisen.

Tardieu über den neuen Abrüstungsplan.

Paris, 16. November. „Echo de Paris“ veröffentlicht einen offenen Brief des ehemaligen Ministerpräsidenten Tardieu, der zu den verschiedensten ausgesprochenen Ansichten, wonach sich der neue französische Abrüstungsplan dem Abrüstungsplan Lardieux vom 5. Feber d. J. gleichstellen lasse, Stellung nimmt. Tardieu erklärt, daß zwischen den beiden Plänen drei wichtige Unterschiede bestehen: 1. Der Plan vom 5. Feber hielt die rechtliche und faktische militärische Ungleichheit zwischen Frankreich und Deutschland, wie sie vom Versailler Vertrag festgelegt wird, aufrecht; 2. berührte er nicht das Prinzip der französischen Militärorganisation und stellte auch nicht die Frage der Miltz in den Vordergrund; 3. enthält er keinen Revisionsentwurf für die Friedensverträge seitens Frankreich. Dies gerade geschieht im französischen Plan vom 14. November 1932 zum erstenmal, denn die von Frankreich angenommene Regelung der Reparationen betraf lediglich jene Ziffern, welche in den Verträgen nicht festgehalten waren.

Massenandrang Arbeitsloser zum österreichischen Bundesheer.

Wien, 16. November. Trotzdem die Lösung der neuauftauchenden Mannschaft des österreichischen Bundesheeres noch heuer auf Grund der jetzt im Parlament durchberateten Regierungsvorlage bedeutend herabgesetzt werden wird, haben heute die Entlohnungen der Freiwilligen unter einem Massenandrang begonnen. Vor der Koffwerkfabrik in Wien, wo das Deutschmeisterregiment seinen Sitz hat, sammelten sich bereits gestern vor acht Uhr abends junge Männer an, trotzdem die Entlohnungen und die Ausrüstung erst heute früh um acht Uhr begannen. Trotz des starken Frostes nahm die Menge der wartenden Freiwilligen immer mehr zu, bis ihre Zahl etwa 1500 erreichte. Ein ähnlicher Andrang war bei den anderen Regimenter zu verzeichnen, so daß die Zahl der angewandten Freiwilligen schon in den ersten Stunden der Konfektionierung weit höher war, als die zur Ausfüllung der Lücken im österreichischen Bundesheer notwendige Mannschaftszahl.

Papen völlig isoliert.

Zentrum: Nationale Konzentration unter Papen aussichtslos! Parteiführer-Empfang durch Hindenburg bevorstehend.

Berlin, 16. November. Der Reichskanzler hat sich veranlaßt gesehen, die von ihm geplanten Besuche in Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abzusagen, da er nach dem Ergebnis der Parteiführerbesprechungen es für richtiger hält, eine Klärung der politischen Lage abzuwarten. Die Abgabe der Reise hat in politischen Kreisen erhebliche Ueberraschung ausgelöst.

Die direkte Veranlassung hierzu ist in dem für Papen wenig erhellenden Ausgang der Besprechungen zu suchen, die der Reichskanzler heute mit den Parteiführern gehabt hat.

Am Vormittag erschienen zunächst für das Zentrum Prälat Kaas und Abgeordneter Jahn in der Reichskanzlei, am Nachmittag Dingeldey für die deutsche Volkspartei und Dr. Schäffer für die bairische Volkspartei.

Die Einzelheiten dieser Besprechungen werden vertraulich behandelt; doch kam die absolute ablehnende Haltung des Zentrums zu den Verfassungs- und Reformfragen des Kanzlers bereits in einem Artikel der heutigen Zentrums-Korrespondenz klar zum Ausdruck. Dort heißt es u. a.:

Wir lehnen alle Pläne der Regierung ab, die auf eine Ansohlohung oder Entwertung der gewählten Volksvertretung hinauslaufen. Wir können nicht der Einrichtung eines Oberhauses zustimmen, wehren uns auch gegen die Bestellung eines Präsidialrates, dagegen fordern wir genauere Festlegung der Rechte des Reichspräsidenten, insbesondere seiner Befugnisse aus Artikel 48. Wir lehnen jeden Versuch ab, das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zugunsten irgend welcher Bevorzugungen einzelner Kreise, z. B. durch Pluralwahlrecht, abzuändern.

Wie das Comituro erzählt, hat Prälat Kaas zwar ebenso wie Dingeldey die Zustimmung zur nationalen Konzentration erklärt, jedoch sofort hinzugefügt,

daß unter der jetzigen Staatsführung der Versuch der nationalen Sammlung aussichtslos bleiben müsse; daraus ergaben sich nach An-

sicht des Zentrums von selbst naheliegende Konsequenzen (d. h. der Rücktritt des Reichskanzlers).

Diese Erklärung ist natürlich einer klaren Absage gleichzusetzen und sie dürfte auch der Tenor der schriftlichen Aufzeichnung sein, die die Parteiführer dem Kanzler übergeben haben. Es ist weiters anzunehmen, daß die Darlegungen Dr. Schäffers für die bairische Volkspartei sich von dem Standpunkt des Zentrums nicht wesentlich unterscheiden.

Der Reichskanzler soll dagegen mit Nachdruck seine früheren Erklärungen unterstreichen haben, daß nichts an der Personalfrage scheitern dürfe, wenn Deutschland aus der gegenwärtigen schwierigen Situation gerettet werden solle.

Das Kabinett wird sich morgen vormittags mit dieser neuen Lage befassen. Für Donnerstag wird auch die Antwort der Nationalsozialisten erwartet. Ob eine Besprechung mit Hitler zustande kommt, ist noch zweifelhaft. Dieser hat wohl die Einladung bestritten, sich aber eine Bedenkzeit von 24 Stunden vorbehalten.

Der Reichskanzler wird Donnerstag oder Freitag dem Reichspräsidenten über seine Besprechungen mit den Parteiführern und die Zielsetzung des Kabinetts berichten. Er dürfte wohl auch dem Reichspräsidenten gegenüber zum Ausdruck bringen, was er heute den Parteiführern gesagt hat, daß nämlich an Personalfragen nichts scheitern dürfe.

Man nimmt weiters an, daß der Reichspräsident dann auf Grund der heutigen Sozialisierungen des Reichskanzlers selbst die Parteiführer empfangen wird, um sie zu fragen, welchen Mann und welches Programm sie an Stelle der „jetzigen politischen Staatsführung“ vorschlagen haben.

Die Aussichten, daß die Parteien einen Ausweg aus den gegenwärtigen Schwierigkeiten zu weisen vermögen, werden von dem Berliner Korrespondenten des Tsch. B. A. allerdings als äußerst gering bezeichnet.

vers, daß dieser eher einem Moratorium als einer Herabsetzung der Schulden geneigt sein werde. Dagegen sei die Wallstreet einer Revision nicht feindlich und auch die amerikanische Presse zeige sich in ihrer großen Mehrheit verständig.

Nicole im Hungerstreik.

Genf, 16. November. Der im Zusammenhang mit den Genfer Unruhen verhaftete sozialistische Nationalrat Nicole steht seit zwei Tagen im Hungerstreik.

Von 35.000 Glasarbeitern — 22.000 gänzlich arbeitslos.

Die Forderungen der Glasarbeiter.

Wir haben bereits berichtet, daß am Montag im Handelsministerium eine Kostenaufklärung der Glasindustrie fortgesetzt hat. In dieser Enquete haben auch die Vertreter der Glasarbeiterverbände teilgenommen. Sie haben dort eine Erklärung abgegeben, in der sich der Vertreter der vereinigten Verbände der Glasarbeiter auch mit der Rede des Vertreters der Glasindustriellen, des Generaldirektors Ing. Heller befaßte. Wenn auch unser Begriff der „Planwirtschaft“, so führte der Redner aus, „in anderer Form mag als der des Herrn Heller, so ist doch die Feststellung durch einen Industriellen wertvoll, daß das heutige System nicht mehr taugt. Wir wollen auch mit Bemühen festhalten, daß die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit in Kreisen der Unternehmer anerkannt wird.“

Das Wichtigste aber sei, so führte der Vertreter der Arbeiter aus, die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Von rund 35.000 Glasarbeitern und Arbeiterinnen sind 22.000 gänzlich arbeitslos, während der restliche Teil nur in Kurzarbeit

von 2 bis 4 Tagen in der Woche beschäftigt werden kann.

Die vereinigten Verbände der Glasarbeiter haben von ihren 24.000 Mitgliedern 65 Prozent im Besitze der Arbeitslosenunterstützung stehen, während 20 Prozent ausgeschlossen sind und in den kommenden Wintermonaten vor dem Nichts stehen. Von diesen Gewerkschaften allein wurden in den Jahren 1930 und 1931 sowie in den zehn Monaten 1932 rund 46,5 Millionen Kr an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt, wovon 35 Millionen auf den Staatsbeitrag und 10,5 Millionen auf den Beitrag der Gewerkschaften entfallen. Will man der Krise in der Glasindustrie abhelfen, so müsse man verlangen: 1. Einführung der Biergesetzgebungswoche, 2. Herabsetzung der Zölle und Anbahnung neuer Handelsbeziehungen, 3. Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland. Die Glasarbeiter unterstützen aber auch die Forderungen der Unternehmer zwecks Erleichterung der Devisenbeschaffung und der Kompensationsgeschäfte sowie die Forderung nach Einfuhr billiger Rohstoffe für die Glasindustrie.

Der Lebensstandard.

Seitdem als Folge des Krieges die Saluten ihre Stabilität verloren haben, spielt der „Index“ bei allen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen eine große Rolle. Die Unternehmer weisen bei allen Lohnverhandlungen auf den „sinkenden Index“ hin, der ihnen die Begründung für den Lohnabbau liefert und der Finanzminister Trajstler berief sich bei seinen Plänen, die Gehälter der Staatsangestellten zu kürzen, ebenfalls auf den „gesunkenen Index“ und argumentierte damit, daß der „Lebensstandard“ der Angestellten und Arbeiter günstiger sei als 1914, daher eine Kürzung der Bezüge Berechtigung habe.

Es wird Zeit, daß mit diesen zu einem unerhörten Unfug gewordenen Mißbrauch der Begriffe „Index“ und „Lebensstandard“ einmal Schluß gemacht wird.

Was heißt denn das, wenn der angeblich überholte „Lebensstandard“ von 1914 zum Vorwand einer „berechtigten“ Kürzung der Löhne genommen wird? Ist denn der „Lebensstandard“ etwas Absolutes, etwas mit immerwährender, unabänderlicher Gültigkeit, oder wollen ihm die Herrschenden den absoluten Charakter aufzwingen? Fast scheint es, als ob sie die Lebenshaltung des Arbeiters, des Beamten und Angestellten „standardisieren“ wollten. Zur Lebenshaltung gehört aber nicht nur der Konsum von so und so viel Kilo Mehl, Kartoffel, Fleisch, Fett, Meier, Wäsche etc. Wir haben uns vorgestellt, daß der arbeitende Mensch auch ein bestimmtes Kulturbedürfnis hat, dessen Erfüllung eben auch einen Bestandteil seiner Lebenshaltung bildet. Er hat das Bedürfnis, sein Wissen zu erweitern, an künstlerischen Darbietungen teilzunehmen, Bücher zu lesen. Im selben Maße aber, als er geistig emporsteigt, wachsen auch seine materiellen Lebensbedürfnisse. Er wird seinem Körper nicht wahllos jene Lebensmittel zuführen, wie sie sich ihm bieten, sondern er wird unter Beachtung ernährungswissenschaftlicher Ergebnisse eine Auswahl treffen. Er wird sich in einer primitiven, unhygienischen Wohnung nicht wohl fühlen und trachten, eine bessere zu finden. Er wird die neue Wohnung mit Geschmack ausstatten und auf bestimmte Bequemlichkeiten und Behaglichkeiten nicht verzichten. Er wird auf Kleidung und Wäsche Wert legen, wird nach der Arbeit in dieser oder jener Weise eine ihm zuzugende Ablenkung suchen, wird seinen Urlaub zu einer Reise benutzen usw. Mit einem Wort gelangt sein Kulturniveau steigt und umgekehrt wachsen damit auch seine materiellen Lebensbedürfnisse, wobei freilich der Anfang ihrer Erfüllung wirklichen Einfluß auf seine Kulturbedürfnisse nimmt.

Wir haben es also hier mit einer fortwährenden Aufwärtsentwicklung zu tun, in welcher zwar das Tempo, nicht aber die Tendenz wechselt. Diese Entwicklung vollzieht sich in der Arbeiterklasse zwangsläufig nach den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung und erhält ihren Nachdruck durch den Massenimpuls der Arbeiter. Sie ist für diese und für die Besitzer an Produktionsmitteln, daher für die gesamte Gesellschaft notwendig. Ein Stillstand dieser Entwicklung, also eine „Standardisierung“ wäre gleichbedeutend mit dem Stillstand der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung (Standardisierung?) und mühte zwangsläufig auch auf den Wirtschaftsgang eine lähmende Wirkung ausüben. Gerade der Umfang und die lange Dauer der gegenwärtigen Krise ist ja nicht zuletzt eine Folge davon, daß trotz immens gesteigerter Produktion die Arbeiter, die ja die große Masse bilden unter dem — auch damals schon zu geringen — „Lebensstandard“ der Vorkriegszeit zu leben gezwungen sind. Und nun kommen die bürgerlichen Finanz- und Wirtschaftspolitiker und jagen, dort, wo etwa dieser Lebensstandard

überschritten sei, müsse er durch Lohn- und Gehaltskürzung, oder durch Steuern und Abgaben auf die Vorkriegshöhe herabgesetzt werden, Begreifen und verstehen die Herren nicht, daß mit solchen Mitteln weder die Finanzkrise des Staates, noch die Wirtschaftskrise behoben werden kann, sondern eher vertieft werden muß? Berührt sie das psychologische Moment nicht, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger nie und nimmer verstehen können, daß der „Grundfag“ des „Lebensstandards“ nur für sie und niemals für die Besitzer an Produktionsmitteln und für den Staat als Arbeitgeber Geltung haben soll?

Für den arbeitenden Menschen, für den Lohn- und Gehaltsempfänger gibt es keinen „Lebensstandard“, der die Erfüllung ihrer materiellen und kulturellen Lebensbedingungen normieren, standardisieren will. Für sie sind Lohn und Gehalt stets nur das Mindestmaß dessen, was

sie zur Erfüllung eben ihrer jeweiligen Lebensbedingungen brauchen. Sie kennen nur ein Minimum, niemals aber ein Maximum. Wie es in der geschichtlichen Entwicklung weder einen Stillstand noch eine Rückentwicklung gibt, gegeben hat, noch geben kann, so kann es auch in dieser Entwicklung, die ja ein Bestandteil der gesamten geschichtlichen Entwicklung ist, weder einen Stillstand, noch eine rückläufige Entwicklung geben und in diesem Sinne auch keinen „Standard“ oder „Standardisierung“.

Wenn der Begriff „Standard“ gelten soll als Maßstab zur Kennzeichnung des Lebensniveaus zu einem bestimmten Zeitpunkt, so lassen wir das gelten, wenn er aber dazu dienen soll, der Erfüllung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Lohn- und Gehaltsempfänger stabile Grenzen zu ziehen, eine absolute Norm festzusetzen, dann muß dagegen entschieden Einspruch erhoben werden. E. A.

Trostlose Aussichten für unseren Export

Ein Exposee des Handelsministers.

Prag, 16. November. Im volkswirtschaftlichen Auschuß des Senates erstattete heute der Handelsminister Matoušek einen sehr pessimistischen Bericht über die handelspolitische Situation der Tschechoslowakei und über den

Stand der Weltwirtschaft überhaupt. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er folgende Uebersicht über die Entwicklung unseres Außenhandels in den letzten Jahren:

Jahr	Einfuhr in Tausenden Ks	Ausfuhr	Saldo
1928	19,207,903	21,224,211	Aktivum: 2,016,308
1929	19,987,858	20,498,869	511,011
1930	15,714,503	17,479,732	1,759,229
1931	11,800,535	13,149,393	1,348,858
1932 (I—IX)	6,120,467	5,376,900	Passivum: 743,547

Diese Schrumpfung des Außenhandels ist, wie der Minister des Weiteren ausführte, der Reflex einerseits des Rückganges des Welthandels überhaupt, andererseits des Sinkens des Preisniveaus in der Landwirtschaft wie in der Industrie. Während im Jahre 1931 unser Außenhandel mit einer ganzen Reihe von Staaten noch hoch aktiv war (Oesterreich: 945 Millionen, Groß-Britannien 922, Jugoslawien 447, Amerika 321, Ungarn 152 Millionen) und eine größere passive Bilanz nur unser Handel mit Deutschland (1900 Millionen), Polen (27 Millionen) und Rumänien (226 Millionen) anwies, hat das Jahr 1932 beträchtliche Verluste in den Aktivsaldo gebracht. In den ersten neun Monaten des heurigen Jahres ist unser Aktivum gegenüber Groß-Britannien auf bloße 46 Millionen gesunken, das Aktivum gegenüber Oesterreich auf 175 Millionen, während das Passivsaldo gegenüber Deutschland nur auf 639 Millionen zurückgegangen ist.

Die Schwierigkeiten liegen nicht nur in den Zollerhöhungen und teilweise auch in Dumpingabwehrmaßnahmen, sondern namentlich in der Rückkehr zum Bewilligungsverfahren und zur Kontingentierung der Einfuhr auch in solchen Staaten, die bisher eine liberale Handelspolitik betrieben. Die größte Schwierigkeit verursacht jedoch die Frage der Bezahlung, das heißt, der Devisenzuteilung. Fast 40 Staaten kontrollieren die Devisenzuteilung, was unangenehme Folgen für unseren Export hat. Auch die Aufgabe des Goldstandards durch einzelne Staaten bildet ein neues Hindernis für unseren Export. Dabei sind wir allerdings noch der Meinung des Ministers nicht schlimmer daran als andere Staaten, die sich oft auch noch in einem direkten Zollkrieg mit ihren Nachbarn befinden.

Der Minister recapituliert nun im einzelnen die in der letzten Zeit angewendeten Bemühungen, im Verhandlungswege unseren Produkten doch noch einen gewissen Absatz im Ausland zu sichern. Er nimmt dabei systematisch ein Land nach dem anderen durch und kommt zunächst auf die letzten Verhandlungen mit Deutschland zu sprechen, die allerdings nur zu einem Kopfenabkommen und zu gewissen Erleichterungen für den Fremden- und Wälderverkehr führten. Er betont ausdrücklich, daß wir uns unter der Voraussetzung der Erreichung erträglicher Bedingungen weiteren Verhandlungen mit Deutschland niemals verschließen werden. Bei den letzten Verhandlungen im September sind allerdings große Schwierigkeiten aufgetaucht, da die Deutschen für die gegenseitige Ausfuhr nur eine Proportion von 1 : 1,7 oder höchstens 1 : 1,5 zu unserem Ungunsten zulassen wollten, während unsere Unterhändler auf dem Verhältnis 1 : 1 bestanden und weiters verlangten, daß Deutschland uns Zollererleichterungen in den landwirtschaftlichen und industriellen Zollposten gewähre.

Frankreich hat seit einem Jahr ein System der Kontingentierung eingeführt. Die vereinbarten Kontingentierungsverträge sind für uns noch verhältnismäßig günstig; unsere Ausfuhr nach Frankreich ist neuer nur um 20 Prozent gesunken, während der Rückgang sonst im Durchschnitt 45 Prozent beträgt.

In Oesterreich wurden der Tschechoslowakei nur etwa 40 Prozent der vorjährigen Quote zur Einfuhr zugestimmt; das bedeutet eine Schrumpfung unserer Ausfuhr nach Oesterreich um rund 400 Millionen Kronen. Besonders schwer wird unsere Braunkohlenindustrie dadurch getroffen.

Mit Ungarn waren Verhandlungen bisher erfolglos bis auf das Abkommen, das die Vierzehnung von 20.000 Waggons Holz an Ungarn gegen Kompensationen in der Einfuhr von Fettsäureestern ermöglichte. In der letzten Zeit mehrten sich hier Kompensationsgeschäfte. — In Jugoslawien haben wir sehr viele eingetretene Forderungen. Es wurde ein Clearingabkommen getroffen; infolgedessen gleichen sich Aus- und Einfuhr immer mehr

an und unser Aktivum wird immer geringer. — Auch mit Polen sind vorläufig nur Kompensationsgeschäfte möglich, bis es zu einer gegenseitigen Einigung über das Einfuhrregime kommen wird.

— Sommerschluss will in der nächsten Zeit größere Bestellungen an unsere Eisen- und Maschinenindustrie vergeben, verlangt allerdings, daß die Bezahlung im Kompensationswege erfolgen soll.

Sehr eingehend schildert der Minister auch die Abwicklung Englands durch eine Reihe von Zöllen und erklärt dann, daß durch die Verträge von Ottawa namentlich unsere Ausfuhr nach den englischen Dominions schwer geschädigt wurde, da die Dominions dem englischen Mutterlande auf 20 Zollposten Präferenzen gewähren. Hier wären vor allem mit den Dominions, mit denen unser Handel schon früher passiv war, entsprechende Handelsverträge anzustreben.

Bezüglich Amerikas geht der Minister auf den letzten Konflikt wegen des Einfuhrverbots für tschechoslowakische Gummischuhe ausführlich ein. Die Aussichten einer eventuellen Wiederausfuhr nach Amerika betrachtet er sehr reserviert; auch hinsichtlich der Herabsetzung der amerikanischen Zölle durch das neue Regime dürfe man sich keinesfalls übertriebene Hoffnungen hingeben.

Nach all diesen Darstellungen ist die internationale Situation auf handelspolitischem Gebiete andauernd unbefriedigend; die Einfuhr-

Zwei Tote in der Slowakei.

Das Nachspiel einer verhinderten Zwangsverteigerung.

Preßburg, 16. November. Das amtliche Preßbüro meldet: Heute sollte die Gendarmarie in der Gemeinde Polomka im Bezirke Brezno nach Bronem wegen der Ausschreitungen bei der Durchführung einer gerichtlichen Versteigerung von Immobilien sechs weitere Personen verhaften. In dieser Zeit zogen etwa tausend mit Stöcken, Sensen, Flegeln, Dreiflügel und Steinen bewaffnete Personen aus der Umgebung gegen die Gemeinde Polomka. Die Gendarmarie war äußerst bedroht, da die ergebende Menge sie in der Gemeinde umzingelte und zu einem konzentrischen Angriff überging.

Der Kommandant der Gendarmarieabteilung forderte die Menge sechs mal vergeblich zum

beschränkungen durch Zölle, Kontingente und Devisenmaßnahmen geben immer noch weiter. Dadurch wird der internationale Handel noch mehr reduziert. Er ist seit 1929 um 60 Prozent zurückgegangen.

Die Weltwirtschaftskonferenz, die im Frühjahr in London stattfinden soll, wird wahrscheinlich die erste Ausgleichsstagung zwischen den Schuldner- und Gläubigerstaaten sein. Vorläufig bestehen noch Differenzen über die Ursachen der Krise. Um so idiomatischer wird es sein, sich auf der Konferenz über die Mittel zu einigen, die eine Ordnung in die gerüttelte Weltwirtschaft bringen sollen.

Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die Errichtung eines eigenen Außenhandelsinstituts durchzuführen. Er plädierte weiters für eine Beschädigung der Weltausstellung in Chicago, um dort unsere Produkte entsprechend propagieren zu können, und verlangte die Erledigung der Vorlage über die Exportkredite, die im Sommer in den Ausschüssen stehen geblieben ist.

In Vertretung des Außenministers sprach zu diesem Thema noch Dr. Friedmann. Die Debatte über das Expo'e wird in der nächsten Sitzung abgeführt werden.

Wie's gemacht wird.

Die Vorträge, welche der deutsche linkssozialistische Passist Otto Lehmann-Ruhbaldt in verschiedenen Städten der Tschechoslowakei gehalten hat, lenken die Aufmerksamkeit wieder auf die unerhörten Taten, deren Enttüllung zum Teil keinen energischen Nachforschungen zu danken ist. Gleich seinem Mitkämpfer auf diesem Arbeitsgebiet, dem Pariser Professor Francis Delaisi, hat Lehmann-Ruhbaldt dem internationalen Rüstungskapital auf dessen Wegen nachgespürt und hat bewiesen, daß dessen Tätigkeit in Wahrheit volksfeindlich und vaterlandsverräterisch ist. Die Unternehmer von der Schwerindustrie und der chemischen Rüstungsindustrie sind heute die wirklichen Herren der internationalen Politik und sie sind es, die eine wirksame Abrüstung und wirkliche Befriedigung unmöglich machen.

Der berühmte Saß Friedrich des Großen „Gott ist auf der Seite der härteren Bataillone“ muß heute, wie Lehmann-R. sagt, dahin abgeändert werden, daß Gott auf der Seite der besseren Kriegsmaschinen ist; und Delaisi sagt, selbst das tapferste Volk sei von vornherein als besieg anzusehen, wenn seine Ausrüstung minderwertig ist.

Die Herren Rüstungsindustriellen haben gute Urlosche, über ihren ungeschmälereten Abzug zu wachen. Die Industrie verdient an Waffen ein Mehrfaches als an Zivillieferungen. Das war schon vor dem Kriege bekannt, aber kein Staat hat vermocht, dieses Mißverhältnis abzuschaffen, obwohl die Staaten selber die Forderungen zu bezahlen haben. Die Seereslieferungen werden auch viel regelmäßiger bezogen und pünktlicher bezahlt als die zivilen. Sie sind, wie wir jetzt beobachten können, den Krisen nicht ausgesetzt. Die Preise werden von den verschiedenen Firmen durch gegenseitige Vereinbarungen auf ihrer ungewöhnlichen Höhe erhalten; die Herren sind natürlich dem Staate in beständigem Patriotismus ergeben, aber die hohen Preise sind eben noch wichtiger. Wenn die turmhohen Dividenden zu sinken drohen, so weh man alsbald eine neue Kriegsgefahr herbeizuführen. Die Firma Hotchkiss in Paris, besonders für Maschinengewehre, hat seit 1916 ihr Aktienkapital dreimal voll zurückgezahlt, zuletzt im Jahre 1923, und ihre Dividende im Jahre 1930 auf 90 Prozent gesteigert. Als 1930 die Aktien fielen, setzte bald darauf der Krieg in der Mandchurie ein, und im Frühjahr 1932 stiegen wieder die Aktien aller dieser Gesellschaften. Am besten wird aber an den schweren Geschützen verdient und dies ist noch Lehmann-R. die auf der Abrüstungskonferenz allen bewußte und doch unausgesprochene Ursache davon, daß die Anträge Amerikas und Rußlands auf Abschaffung der schweren Geschütze nicht durchdrangen.

Die besondere Art von Patriotismus, die die Rüstungsindustrie betätigt, gestattet ihr, außer dem eigenen Staat auch die Feinde zu beliefern, und oft billiger als das teure Vaterland! Die Firma Krupp z. B., deren alter Chef schon von Napoleon III. zum Ritter der Ehrenlegion gemacht wurde, hat nach den Angaben des Nationalökonomens Lupo Brentano die amerikanische Flotte viel billiger beliefert als die deutsche, und

mit Händern ausgestattet, welche einem besondern Patent Krupps entstammten, mit diesen wurden die deutschen Soldaten überschüttet. — Und nun die Gegenseite! Eine ganze Anzahl von Rohstoffen, die Deutschland aus Feindesland benötigte, bezog es über die neutralen Staaten. Ein großes Beispiel bildet das Kiesel. Es wurde von englischen Lieferanten über Standimarien beigeht. Der englische Admiral Consett, der die Dinge als Atache in Schweden beobachtet hatte, kommt in seinem einschlägigen Buch zu dem Schlusse: daß Deutschland den Krieg zwei Jahre früher hätte einstellen müssen, wenn es nicht durch den englischen Handel versorgt worden wäre. Rußland hatte Deutschland davon nicht; aber unerhörte Opfer an Menschen und an Sachgütern brachte es sowie auch seinen Gegnern in diesen zwei Jahren, und den Rußland hätte nur die Rüstungsindustrie.

In seinen Vorträgen zeigte Lehmann-R. eine Karte der wichtigsten Industriefabriken, eingekreist die Site von 45 Rüstungsfirmen mit einem Aktienkapital von zusammen 40 Milliarden. Auf Grund des Vorkriegsbuches waren die gegenseitigen Verbindungen dieser Firmen durch Striche eingekreist. Das Ganze sieht aus wie ein Raubnetz, das über alle Kulturstaaten reicht. Ganz klar die Folgerung des Redners, daß durch diese Verflechtung der Zweck völlig vereitelt wird, zu dem die Fabriken angeblich da sind: der Zweck der Landesverteidigung.

Aber die Abrüstung wird verhindert, sie erliegt der wirtschaftlichen und politischen Uebermacht der Rüstungier an den Rüstungen. In frischer Erinnerung sind noch die Wochenschriften jenes Mister Shearer, der von drei amerikanischen Rüstungsfirmen zur Seabrüstungskonferenz (Genf 1927) entsendet wurde und mit Erfolg an der Vereitelung der Abrüstung arbeitete. Nur durch den Zufall, daß er wegen zu geringer Bezahlung zu Gericht ging, wurde die Sache bekannt. Solche Indiskretionen sind eben selten. Immerhin erörtern sie, wie Delaisi ausführte, den Beweis: daß nicht bloß die Schwerindustrie, sondern auch die Generalfabrie die Hand im Spiel haben, wo es sich um die Verhinderung der Abrüstung handelt. Die Rüstungsindustrie aber hat es wiederholt verstanden, eine besondere Revidiplomatie zu schaffen, die eine wichtige und manchmal ausschlaggebende Rolle in den Verhandlungen der Völker spielte. Delaisi wirkt ansehnlich dessen die Frage auf, ob nicht die Schonung der feinen neutralen Staaten im Weltkrieg aus ihrer Unentbehrlichkeit für den Rüstungs-Schreibhandel zu erklären sei. Aus allem geht hervor, daß die Völker, die der eigenen Ehre und Verteidigung zuliebe Kriegs- und Friedenspolitik machen, dabei ohne es zu ahnen die Geschäfte einer kleinen Zahl von Kriegsgewinnern besorgen, daß für diese die Soldaten Frankreichs wie Deutschlands bluteten, für ihre Profite die Mütter weinen und die Kinder hungern mußten.

Das der Zweck der Landesverteidigung nicht erreicht wird, das hängt auch mit dem Stand der modernen Kriegstechnik zusammen. Der Gegner kann nicht mehr angegriffen werden, ohne daß man das eigene Land verderblichen Repressalien aussetzt. Was Lehmann-R. über diesen Punkt sagte, wird durch das Urteil der leitenden Militärs bestätigt. Es sei nur an die Luftschlacht von Yvon (Juli 1930) erinnert, nach welcher die Mandverteilerungen selbst berichtet haben, daß es im Ernstfall für die von Luftangriffen heimgesuchte Bevölkerung keine andere Rettung gibt als — die Stadt zu verlassen und sich, nur um das nackte Leben zu retten, auf flache Land zu verteilen: ein Gedanke, der nichts weniger bedeutet als den vollen Bankrott der Landesverteidigung.

So stehen die Dinge nach dem Kriege; aber was sieht das die Rüstungsindustrie an? Sie darf ihr Spiel in vergrößertem Maßstab weiterreiben. Wie kommt es, so fragt der über sich selbst erstaunte Europäer, daß wir diesem Wahnsinn Ende bereiten können? Lehmann-R. antwortet darauf: weil die Parteien und Organisationen, welche den Völkern Frieden auf ihre Fahne geschrieben haben, untereinander nicht so einig sind, wie die verschiedenen Rüstungskonzerne der „feindlichen“ Staaten.

Hier liegt zweifellos eine Hauptursache unserer Ohnmacht in diesem Kampfe vor. Die erstonten Europäer veranstalten einen Friedenskongress und machen es unmöglich, daß beide großen Antikriegsparteien ihn beschicken; sie haben zahlreiche Friedensvereine, welche es nicht verstehen, mit der politischen Macht der Arbeiterbewegung zu rechnen; usw.

Leicht ist die Aufgabe freilich nicht. Illusionen der Bekriegszeit sind verfloren. Damals glaubten bedeutende Fachmänner, wie der gewannte Nationalökonom Brentano, daß die Ausschaltung des Privatgewinns aus der Rüstungsindustrie durch deren Verstaatlichung ausreichende Wirkung üben würde. Lehmann-R. führt als Gegenbeweis die Tschechoslowakei an, in welcher die staatlichen Waffenfabriken genau so dem Zwang unterworfen sind, kapitalistische Profitpolitik zu machen. Sie liefern 14 Prozent der Weltausfuhr an Waffen. Die Zusammenhänge zwischen Rüstungs- und Friedensindustrie sind zu stark und zahlreich, als daß man den ersteren andere ökonomische Gesetze vorschreiben könnte. Die Abrüstung kann nur im Rahmen der Sozialisierung erfolgen; jeder wirksame Fortschritt der Abrüstung ist ein Schritt zum Sozialismus hin; jede Charakterhebung des Sozialismus ist zugleich ein Schritt auf dem Weg zur Abrüstung. E. A.

und während des Weltkrieges? Nach der Narneschlacht 1914 erhöhte die deutsche Schwerindustrie den Preis für Granatenstahl um 55 Prozent; und sie lieferte über die Schweiz auch an Frankreich. In der Schweiz gab es besondere Werkstätten, um das Firmenzeichen der deutschen Walzwerke von dem gekauften Stahl zu entfernen. Die Firma Thyssen verkaufte während des Krieges Infanterie-Schutzhelme nach Holland um 68 M., während der deutschen Heeresverwaltung 117 M. berechnet wurden. Das ist dieselbe Firma, die jetzt die Hitlerpartei finanziert, wohl nur eine Fortsetzung ihrer Politik „mit anderen Mitteln“. Die Ruffen mähten überreichliche Soldaten mit den Maschinengewehren nieder, die diese Soldaten als Skodaarbeiter angefertigt hatten.“ England hatte seine Granaten

Auseinandergehen auf und mußte in einer äußerst kritischen Situation

das Kommando zum Waffengebrauch geben. Hierbei wurden zwei Angreifer — Johann Pillar-Hermann aus Baunz und Johann Polorelec aus Polomka — an Ort und Stelle getötet. Ferner wurde Johann Kotrcela leicht verletzt.

Ob noch weitere Personen verletzt wurden, ist bisher nicht festgestellt, da die Menge nach diesem Einschreiten der Gendarmarie auseinanderstob. Die Untersuchung des Vorfalls wird fortgesetzt.

zwar deshalb, weil damals die Kartellabmachungen der Rüstungsfirmen für Amerika nicht galten. Im selben Jahre wurde eine Affäre der „Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken“ in Karlsruhe bekannt welche in Pariser Zeitungen falsche Meldungen über Neubeschaffungen der französischen Arme eintrudeln ließ, um die deutschen Rüstungen hinauszutreiben. Karl Liebknecht und Erberger haben unter großem Aufsehen diese Wochenschriften im Reichstag gezeigelt.

